

„Sehr kalt und etwas unheimlich“

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zum Stromausfall in Berlin im Januar 2026

Zusammenfassung der zentralen Befunde

Akademie der Katastrophenforschungsstelle (AKFS) | Krisen- und Katastrophenforschungsstelle (KFS),
Freie Universität Berlin | 2026

Dr. Katja Schulze, Sara T. Merkes, Theresa Zimmermann, Prof. Dr. Martin Voss

Am 3. Januar 2026 verursachte ein Brandanschlag auf eine Hochspannungsleitung einen mehrtägigen Stromausfall im Südwesten Berlins, der Teile der Stadtteile Nikolassee, Wannsee, Zehlendorf und Lichterfelde betraf. Zeitweise waren mehr als 45.000 Haushalte ohne Strom – ebenso fünf Krankenhäuser, 74 Pflege- und Seniorenheime, drei Geflüchtetenunterkünfte sowie rund 14 Schulen und zahlreiche Kindertagesstätten.

Die Akademie der Katastrophenforschungsstelle (AKFS) und die Krisen- und Katastrophenforschungsstelle (KFS) der Freien Universität Berlin führten unmittelbar nach dem Ereignis eine Online-Befragung durch (15.–26. Januar 2026), um Erfahrungen, Bewältigung, Informationsversorgung und Unterstützungsbedarfe der Bevölkerung systematisch zu erfassen. Das Mixed-Methods-Design kombinierte standardisierte Fragen mit offenen Antwortformaten.

Stichprobe auf einen Blick

Befragte gesamt: 722 begonnen, 600 vollständig

Direkt betroffen (Haushalt war zeitweise ohne Strom): 80 % (n = 551)

Indirekt betroffen (Einschränkungen durch Folgeausfälle, u.a. Heizung, Internet, Verkehr):
87 % (n = 603)

Durchschnittsalter: 53,8 Jahre

Bildungsgrad: 87 % Abitur, damit überdurchschnittlich hoch

Geschlecht: 70 % weiblich, 27 % männlich

Geografisch: Schwerpunkt in Zehlendorf und Nikolassee

Pflegebedürftigkeit: 3% selbst pflegebedürftig, 11 % pflegen oder betreuen privat andere Personen

Ausfalldauer: 65% der direkt Betroffenen erlebten fünf Tage Strom- und/oder Heizungsausfall, 11 % vier Tage, 5 % sechs oder mehr Tage (u. a. wegen Heizungsschäden)

Hinweis zur Repräsentativität: Die Studie basiert auf einer Gelegenheitsstichprobe und ist weder repräsentativ für die Gesamtheit der vom Stromausfall betroffenen Haushalte noch für die Berliner Gesamtbevölkerung. Überrepräsentiert sind Frauen, ältere Menschen und Personen mit hohem Bildungsabschluss – was der soziodemografischen Struktur der betroffenen Stadtteile Zehlendorf und Nikolassee ähnelt. Mögliche Selektionseffekte (stark Betroffene nehmen eher teil) und Erinnerungsverzerrungen (Befragung 1–3 Wochen nach dem Ereignis) sind zu berücksichtigen. Die Ergebnisse liefern explorative quantitative und vertiefende qualitative Einblicke in die Resilienzprozesse von Betroffenen und erlauben die Identifikation relevanter Muster, Bedarfe und Ansatzpunkte sowie relevanter Versorgungslücken für künftige Forschung und Praxis.

1. Praxisempfehlungen

Information und Kommunikation: Gute Krisenkommunikation ist nicht nur eine logistische Aufgabe, sondern ein psychosozialer Bewältigungsfaktor: Bessere Informationsqualität ging messbar mit geringerer Sorge, weniger Alltagseinschränkungen und stärkerer Selbstwirksamkeit einher. Informationsmangel hingegen führte dazu, dass Menschen Verunsicherungen spürten und auf Basis sehr unterschiedlicher Lageeinschätzungen handelten. Grundlegend für eine effektive Risiko-, Krisen- oder Katastrophenkommunikation ist, in Normalzeiten einen Kommunikationskontext zu schaffen, einen vertrauenswürdigen Rahmen, der Betroffenen die vertrauensvolle Einordnung und Interpretation von Informationen ermöglicht. Die geringe Nutzung offizieller Strukturen wie Betreuungspunkte und Lautsprecherdurchsagen wirft Fragen nach Bekanntheit, Erreichbarkeit und Qualität dieser Angebote auf. Es ist ratsam, analoge Kanäle zu stärken, da digitale Infrastrukturen im Krisenfall selbst ausfallen können – und weil bestimmte Personengruppen digital schlechter erreichbar sind. Warn-Apps, die lediglich auf Internetseiten verweisen, die ohne Strom/Internetzugriff nicht abrufbar sind, verfehlen ihren Zweck – sinnvoll wäre, auch auf analoge Informationsangebote wie Anlaufstellen hinzuweisen. Dezentrale, vorab bekannte Anlaufstellen müssen eingerichtet und der Bevölkerung kommuniziert werden. Da soziale Netzwerke die meistgenutzte Informationsquelle waren, sollten offizielle Informationen so aufbereitet sein, dass sie leicht weitergegeben werden können – Multiplikator:innen könnten gezielt z. B. mit der Bitte der Informationsweitergabe eingebunden werden.

Private Vorsorge: Mehr als die Hälfte der direkt Betroffenen war eher nicht oder gar nicht auf den Stromausfall vorbereitet – lediglich ein Viertel schätzte die eigene Vorbereitung als gut bis sehr gut ein. Als Gründe wurden vor allem fehlende oder nicht einsatzbereite Ausstattung, geringe Risikowahrnehmung und mangelnde mentale Auseinandersetzung mit dem Thema genannt; für einkommensschwächere Haushalte kamen finanzielle Einschränkungen hinzu. Wer sich gut vorbereitet fühlte, profitierte auf mehreren Ebenen: geringere Sorge, weniger Alltagseinschränkungen, stärkeres Kontrollgefühl und eine positivere Rückschau auf die eigene Bewältigung. Vorbereitung wirkt damit nicht nur materiell, sondern auch psychosozial, als Präventionsmaßnahme gegen Angst und Hilflosigkeit. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und dem tatsächlichen Vorbereitungsverhalten. Die ausgeprägte Sorge bei gleichzeitig unzureichender Vorsorge kann ein produktiver Ausgangspunkt für Verhaltensänderung sein, birgt aber auch das Risiko von Hilflosigkeit und Resignation, wenn die Kluft zwischen Besorgnis und Handeln nicht überbrückt wird. Da gute Vorsorge nicht universell zugänglich ist, braucht es sozial gerechte und differenzierte Unterstützungsprogramme. Vorsorge-Angebote müssen Pflegepersonen, ältere Menschen, Familien mit Kindern und einkommensschwache Haushalte explizit und zielgruppenspezifisch erreichen. Ergänzend sollte gemeinschaftliche Vorsorge, z. B. in Nachbarschaftsnetzwerken, systematisch gestärkt werden.

Sorgen, Belastungen, Herausforderungen, Bewältigung: Anders als Überschwemmungen oder Stürme verursacht ein Stromausfall in der Regel weniger gravierende physische Schäden – die Beeinträchtigungen sind primär funktionaler Art. Dennoch kann er erheblichen psychischen Stress auslösen, weshalb psychosoziale Unterstützungsangebote zur Krisenreaktion gehören müssen. Die Belastungen verteilten sich dabei nicht gleichmäßig: Frauen, Personen im Pflegekontext und jene mit schlechterer Informationsversorgung waren deutlich stärker betroffen. Bestehende Vulnerabilitätsstrukturen wurden durch den Ausfall reproduziert und verstärkt – Vorsorge- und Unterstützungsstrategien sollten diese Ungleichheiten explizit adressieren. Zugleich zeigen die Daten Ansatzpunkte für Prävention: Bessere Vorbereitung und bessere Informationsqualität gingen jeweils mit tendenziell geringerer Sorge einher. Investitionen in Vorsorgeförderung und Risiko- und

Krisenkommunikation haben damit auch eine direkte psychosoziale Schutzwirkung. Die Bildung einer resilienteren Gesellschaft setzt ohnehin in der Prävention an, nicht erst in der Bewältigung.

Schutz vulnerabler Gruppen: Die Befunde zeigen deutlich, dass reaktive Hilfssysteme, die auf eigeninitiiertes Hilfsuchen angewiesen sind, die vulnerabelsten Gruppen strukturell benachteiligen. Proaktive, aufsuchende Hilfsstrukturen sind notwendig – insbesondere für ältere, alleinlebende, pflegebedürftige und eingeschränkt mobile Menschen. Strukturelle Benachteiligungen sowie finanzielle Barrieren, z. B. beim Zugang zu Alternativunterkünften wie etwa Vorauszahlungspflichten bei Hotels, sollten abgebaut werden. Notunterkünfte wurden von einigen Betroffenen als nicht adäquat für ihre Bedürfnisse (z. B. mit Kleinkindern, pflegebedürftigen, kranken oder beeinträchtigten Angehörigen oder Haustieren) gesehen. Es bedarf daher Konzepte, Unterstützungsstrukturen sowie frühzeitige und klare Kommunikation zu Hilfsangeboten, die verschiedene Bedarfe berücksichtigen.

Stärkung sozialer Netzwerke: Soziale Netzwerke waren die wichtigste Bewältigungsressource während des Stromausfalls. Ihre Aktivierung und Stärkung sollte daher ein zentraler Bestandteil von Maßnahmen zur Förderung der Katastrophenvorsorge sein. Nachbarschaftliche und kommunale Resilienznetzwerke sollten systematisch gefördert werden, denn sie funktionieren schnell, niedrigschwellig und bedarfsgerecht. Gleichzeitig deuten die Daten auf Lücken im formalen Hilfesystem hin: Viele Betroffene konnten in der akuten Situation ihren eigenen Bedarf kaum einschätzen, was den Bedarf an proaktiven, aufsuchenden Ansätzen unterstreicht. Die hohe Hilfsbereitschaft zeigt ein erhebliches gesellschaftliches Solidaritätspotenzial, das durch bessere Koordination – etwa über Plattformen oder Anlaufstellen – gezielt genutzt werden könnte. Sozial isolierte Menschen müssen dabei explizit einbezogen werden, da sie von der wichtigsten Bewältigungsressource strukturell ausgeschlossen sind.

Infrastruktur und Katastrophenschutz: Die Daten zeigen, dass die Betroffenen strukturelle Schwachstellen im Bereich Infrastruktur und Katastrophenschutz sehen. Sie fordern die Erhöhung von Redundanzen im Stromnetz, den besseren Schutz vor Anschlägen sowie die Notfallversorgung für Mobilfunkmasten – denn der gleichzeitige Zusammenbruch von Strom, Mobilfunk und Internet wurde als eines der gravierendsten Probleme erlebt. Viele Betroffene äußerten Wut und Vertrauensverlust in die Katastrophen- und Zivilschutzstrukturen. Die späte Ausrufung der Großschadenslage wurde von vielen Befragten als zentrales Versäumnis kritisiert und wurde mit fehlenden Hilfsmaßnahmen in Zusammenhang gebracht. Viele Betroffene wünschen daher eine bessere Ausstattung des Bevölkerungsschutzes, klare Konzepte und Ablaufpläne sowie eine verbesserte Risiko- und Krisenkommunikation.

2. Zusammenfassung der Ergebnisse

2.1 Vorbereitung

Mehr als die Hälfte der direkt Betroffenen (58 %) fühlte sich gar nicht oder eher nicht vorbereitet (siehe Abbildung 1). Nur 24 % schätzten ihre Vorbereitung als (eher) gut bis sehr gut ein. Personen mit Pflegebedürftigkeit oder -verantwortung fühlten sich deutlich schlechter vorbereitet (68 % eher/gar nicht vorbereitet, vs. 56 % ohne Pflegebezug).

Als Gründe für die fehlende Vorbereitung lassen sich die folgenden drei Bereiche identifizieren:

- Vielen fehlte die nötige Ausstattung – z. B. kein Batterieradio, keine Powerbank, kein Gaskocher – oder vorhandene Geräte waren nicht funktionsbereit.
- Stromausfälle wurden als seltenes und kurzes Ereignis eingeschätzt, weshalb kaum Anlass zur Vorsorge gesehen wurde. Vielen fehlte schlicht das Wissen oder die mentale Auseinandersetzung mit dem Szenario. Manche hatten sich zwar auf einen Stromausfall vorbereitet, nicht aber auf den damit einhergehenden Heizungsausfall.
- Finanzielle Einschränkungen und fehlende wohnräumliche Möglichkeiten der Vorratshaltung machten eine angemessene Vorsorge für einen Teil der Befragten grundsätzlich schwierig.

Von den gut vorbereiteten Betroffenen lassen sich folgende Rückschlüsse ziehen:

- Wer über Campingausrüstung, geladene Powerbanks oder einen Gaskocher verfügte, war oft zufällig, aber wirksam vorbereitet.
- Einige hatten sich nach früheren Ereignissen wie dem Köpenick-Stromausfall 2019 bewusst mit dem Thema auseinandergesetzt.
- Eigene Vorerfahrungen aus Auslandsaufenthalten oder früheren Krisen stärkten die Handlungsfähigkeit.
- Eine gute soziale Einbettung in der Nachbarschaft und weitere soziale Netzwerke erwiesen sich als wichtige Ressource.

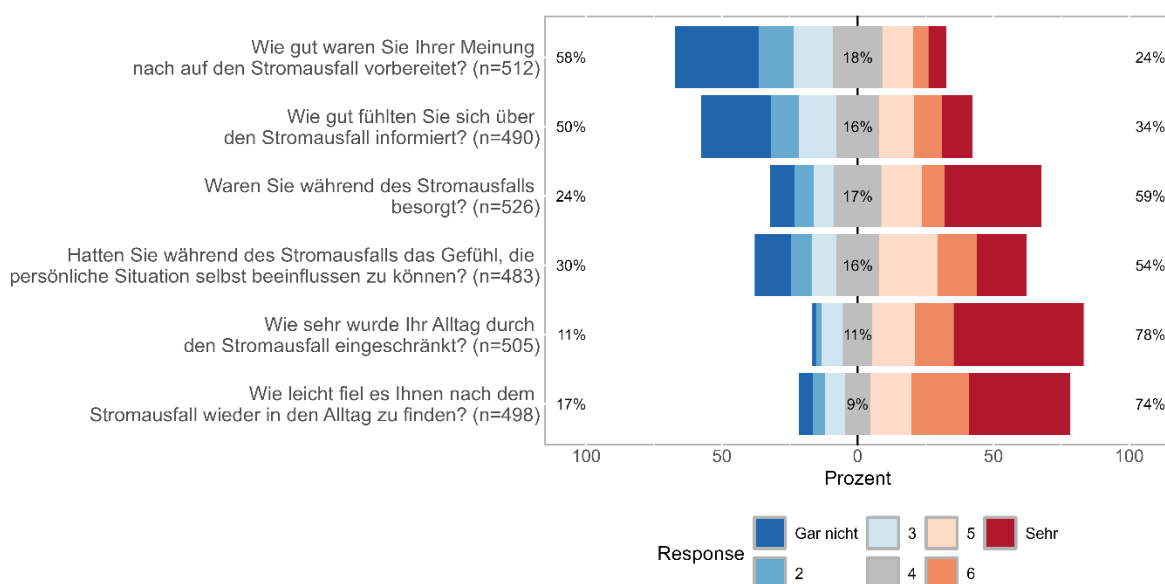


Abbildung 1: Subjektive Bewertungen zentraler Bewältigungsdimensionen im Stromausfall (Vorbereitung, Informationsqualität, Sorgen, Selbstwirksamkeit, Alltagseinschränkung und Wiederherstellung des Alltags).

2.2 Erste Gedanken und Verunsicherung

Als Betroffene am Samstagmorgen den Strom- und meist einhergehenden Ausfall alltäglicher Kommunikationskanäle bemerkten, fehlten ihnen zunächst Anhaltspunkte, um ihre Situation und Handlungsoptionen einschätzen zu können: Während manche zunächst von einem kleinen technischen Problem ausgingen, hegten andere Befürchtungen bis hin zur Angst vor einem Krieg.

- Fehlende Informationen zu Ausmaß, Dauer und Hintergründen erzeugten rasch Verunsicherung.
- Einige erinnerten sich an frühere Krisenerlebnisse.
- Manche hatten Angst, da sie unmittelbar vor gesundheitsgefährdenden oder potenziell lebensbedrohlichen Situationen standen, z.B. aufgrund der Abhängigkeit von strombetriebenen Geräten.

2.3 Genutzte Informationsquellen

Die Analyse der genutzten Informationsquellen während des Stromausfalls zeigt ein differenziertes Bild des Informationsverhaltens der Befragten (Abbildung 2). Die meistgenutzten Informationsquellen waren soziale Kontakte wie im Kontext von Nachbarschaft, Freundschaften und Familie (51 %), gefolgt von Radio (46 %) und Internet (44 %). Deutlich seltener wurden Polizeilautsprecher (15 %), soziale Medien und Fernsehen (je 11 %) sowie Betreuungspunkte und Lichtmasten (7 %) genutzt. 18 % gaben andere Quellen an, darunter Chatgruppen (z. B. Rocketchat, nebenan.de) oder Fahrten in nicht betroffene Gebiete.

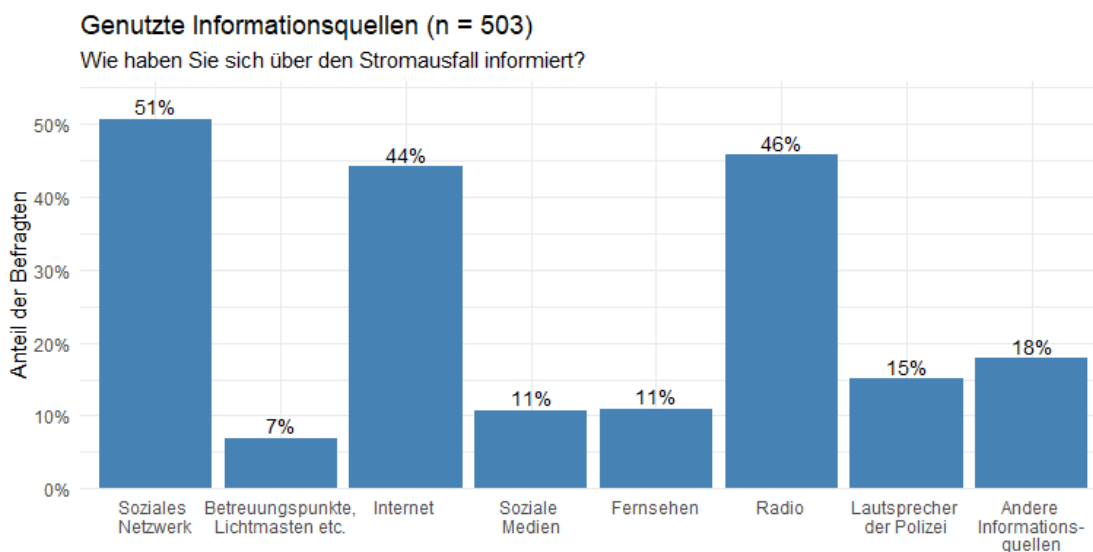


Abbildung 2: Angaben der Befragten zu den genutzten Informationsquellen während des Stromausfalls (n = 503). Mehrfachnennungen waren möglich, sodass sich die Prozentangaben nicht zu 100 % summieren.

Zusammenhänge (keine Kausalitäten!): Gut vorbereitete Personen griffen in der Tendenz seltener auf soziale Netzwerke zurück und nutzten dafür häufiger das Radio – vermutlich, weil sie über Batterie- oder Kurbelgeräte verfügten. Auch ältere Menschen nutzten häufiger Radio. Die Internetnutzung war stark altersabhängig: Sie erreichte ihren Höchstwert bei den 30- bis 40-Jährigen und nahm mit steigendem Alter kontinuierlich ab. Zudem nutzten Personen mit (Fach-)Abitur digitale Informationsangebote signifikant häufiger als jene mit niedrigerem Schulabschluss.

2.4 Informationsqualität

Nur rund ein Drittel (34 %) der Betroffenen fühlte sich (eher) gut bis sehr gut informiert (siehe Abbildung 1). Die Hälfte (50 %) bewertete die Informationslage als (eher) schlecht bis sehr schlecht.

Aus den Antworten zu **Gründen für schlechte Informiertheit** lassen sich Defizite bezüglich der Informationskanäle sowie der Informationsinhalte ableiten:

- Der gleichzeitige Ausfall oder die starke Einschränkung aller gängigen Kommunikationskanäle – Mobilfunk, Internet und Telefon – schnitt viele vollständig von Informationen ab.
- Frühe Fehleinschätzungen zur Ausfalldauer, wonach anfänglich eine Behebung noch am selben Tag kommuniziert wurde, erzeugten zusätzliche Unsicherheit.
- Lautsprecherdurchsagen waren kaum verständlich, kamen zu selten und wurden inhaltlich als wenig hilfreich empfunden.
- Warn-Apps verwiesen auf Internetseiten, die ohne funktionierendes Internet für viele nicht abrufbar waren.
- Informationen über Hilfsangebote wie die Hotelkostenübernahme erreichten einige zu spät oder gar nicht.
- Viele Betroffene wussten zunächst nicht, wo zentrale, niedrigschwellig erreichbare Anlaufpunkte zur Verfügung standen.
- Konkrete Handlungshinweise – etwa zum Umgang mit Heizung, Rohren oder Lebensmitteln – fehlten weitgehend.

Zusammenhänge (keine Kausalitäten!): Wer während des Ausfalls auf das Internet zugreifen konnte, beurteilte die Informationslage tendenziell deutlich besser. Menschen mit einem (Fach)Abitur bewerteten die Informationsqualität tendenziell schlechter als Menschen mit einem geringeren Schulabschluss. Auch die genutzte Informationsquelle hatte einen Einfluss: Internet- und Fernsehnutzung ging mit einer positiveren Bewertung der Informationen einher.

2.5 Sorgen

Fast sechs von zehn Befragten (59 %) waren während des Stromausfalls eher bis sehr stark besorgt; rund ein Viertel (24 %) hingegen eher nicht bis gar nicht (siehe Abbildung 1).

Die Befragten äußerten **Sorgen um** ältere Menschen, kranke und gesundheitlich herausgeforderte Menschen und Menschen mit Einschränkungen und Behinderungen, (meist ihre eigenen) Kinder und Säuglinge, sowie um sich selbst (z. B. wegen Immobilität, Angewiesenheit auf Strom für medizinische Geräte, akute oder chronische Erkrankungen, Schwangerschaft, psychische Belastungen).

Die Befragten äußerten **Sorgen vor/wegen** Kälte und Dunkelheit, beruflichen Anforderungen und fehlender Kinderbetreuung, Hygiene, (medizinischer) Versorgung und Transportmöglichkeiten, Organisation einer alternativen Unterkunft, fehlenden Informationen und kommunikative Abgeschiedenheit (kein telefonischer Notruf möglich), Schäden und Folgeschäden, Einbrüchen. Ebenso äußerten einige Befragte Sorgen hinsichtlich der Reaktionsfähigkeit des Staates, der Angreifbarkeit von Infrastrukturen, der Sicherheitslage sowie zukünftiger Herausforderungen.

Zusammenhänge (keine Kausalität!): Mit zunehmender Ausfalldauer stiegen Belastung und Sorge messbar an. Frauen waren häufiger besorgt als Männer (61 % vs. 52 %) und Personen im Pflegekontext äußerten deutlich häufiger starke bis sehr starke Sorge als jene ohne Pflegebezug (67 % vs. 57 %). Bessere Vorbereitung und bessere Informationsqualität gingen jeweils tendenziell mit geringerer Sorge einher – allerdings mit großer Streuung, sodass beide Faktoren nicht deterministisch wirken.

2.6 Alltagseinschränkungen und psychische Belastung

78 % der direkt Betroffenen gaben an, ihr Alltag sei eher eingeschränkt bis kaum möglich gewesen (siehe Abbildung 1); 67 % empfanden den Ausfall als eher bis sehr belastend.

Zusammenhänge (keine Kausalität!): Mit zunehmender Ausfalldauer stiegen Alltagseinschränkungen und Belastung deutlich an. Frauen berichteten häufiger von (sehr) starker Belastung (70 % vs. 57 %) und von Beeinträchtigungen als Männer (80% vs. 72%). Im Pflegekontext berichteten 74 % von starker bis sehr starker Belastung. Bessere Vorbereitung und eine positiver bewertete Informationsqualität gingen jeweils mit geringerer Belastung und weniger Alltagseinschränkungen einher.

2.7 Herausforderungen

Die genannten Herausforderungen während des Stromausfalls geben ein breites Bild von Schwierigkeiten und Sorgen, mit denen Betroffene umgehen mussten:

- Kälte und Dunkelheit zählten zu den größten Herausforderungen – Wohnungen kühlten teils auf unter 5 °C aus, und elektrische Rollläden ließen kein Tageslicht herein. Warme Mahlzeiten und Warmwasser fehlten, vereinzelt auch fließendes Wasser.
- Der gleichzeitige Ausfall von Mobilfunk, Internet und Telefon und die damit verbundenen eingeschränkte Kommunikations- und Informationswege wurde als sehr große Herausforderung genannt.
- Zusätzliche Aufgaben wie die Organisation von Kinderbetreuung bei Schulschließungen und gleichzeitiger Berufstätigkeit erhöhten den Druck für einige erheblich, während anderen umgekehrt Handlungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten fehlten.
- Für Menschen mit medizinischen Geräten, akuter Erkrankung oder eingeschränkter Mobilität stellte der Stromausfall eine besonders ernste Herausforderung dar. Die Versorgung und der Transport pflegebedürftiger Personen im eigenen Umfeld forderte viele pflegende Angehörige heraus.
- Sorgen um Frostschäden an Rohren und Heizungsanlagen belasteten insbesondere Hauseigentümer*innen.
- Mentale Belastungen wie Unsicherheit, Ängste, Hilflosigkeit, Isolation und Schlafmangel prägten die Situation vieler Betroffener.

2.8 Unterstützungsangebote: Wahrnehmung und Nutzung

58 % der Betroffenen nahmen **keine Unterstützungsangebote** wahr. Als Gründe wurden genannt: ausreichende Selbsthilfe oder Versorgung durch private Netzwerke, fehlende, unzureichende oder zu späte Informationen über Unterstützungsangebote sowie mangelnde Passung der Angebote zu den eigenen Bedarfen – etwa, weil Haustiere oder pflegebedürftige Personen nicht allein gelassen werden konnten. Hinzu kamen finanzielle Barrieren wie die erforderliche Hotelvorauszahlung trotz späterer Erstattung, die Entfernung der Anlaufstellen vom Wohnort sowie die Einschätzung, dass andere Menschen die Unterstützung dringender benötigten. Ältere nahmen seltener Unterstützungsangebote in Anspruch als Jüngere. Mögliche Barrieren könnten Scham, Informationsmangel oder eingeschränkte Mobilität sein.

42 % der Betroffenen **nutzten Angebote** – überwiegend aus dem privaten sozialen Netzwerk. Freund:innen, Familie und Bekannte boten Unterkunft, Wärme, warme Mahlzeiten, Duschmöglichkeiten und das Aufladen von Geräten an. Aus der Nachbarschaft kamen Informationen, heiße Getränke, Warmwasser, Notstrom und Geräteverleih. Als institutionelle Anlaufstellen wurden

vor allem das Rathaus Zehlendorf, Kirchengemeinden wie die Emmaus-Gemeinde, Supermärkte wie Edeka sowie THW-Knotenpunkte genutzt. Ein Teil der Betroffenen übernachtete in Hotels oder Ferienwohnungen. Viele bezogen dabei Unterstützung aus mehreren dieser Quellen gleichzeitig.

2.9 Weitere Unterstützungsbedarfe

Knapp zwei Drittel (65 %) gaben an, keine weitere Unterstützung benötigt zu haben. Ein Viertel (25 %) hätte zusätzliche Hilfe gebraucht, und 10 % konnten dies im Nachhinein nicht einschätzen.

Diejenigen, die zusätzliche Unterstützung benötigt hätten, nannten folgende Bedarfe:

- Gewünscht wurden schnellere, zuverlässigere und besser getaktete Informationen – zur Lageentwicklung, zu technischen Geräten und Infrastruktur sowie zu verfügbaren Unterstützungsangeboten.
- Vielen fehlten Wärme, warmes Essen und Getränke, Lademöglichkeiten für Akkus sowie passendere Übernachtungsoptionen. Viele Betroffene äußerten den Wunsch nach aufsuchender oder mobiler Hilfe sowie nach dezentralen, wohnortnahen Anlaufstellen und Wärmestuben. Auch Notstromversorgung, technische Geräte sowie fachkundige Beratung und praktisches Knowhow wären benötigt worden.
- Darüber hinaus gab es einen Bedarf an Kontakt, Austausch und Seelsorge. Menschen mit Pflegebedarfen, Mobilitätseinschränkungen oder ansteckenden Erkrankungen hätten gezielte Unterstützung benötigt.

Zusammenhänge (keine Kausalität!): Personen, die nicht mit einer Partnerperson lebten, und Personen im Pflegekontext äußerten jeweils häufiger weiteren Unterstützungsbedarf. Besonders deutlich zeigte sich der Zusammenhang mit der wahrgenommenen Informationsqualität: Wer die Informationslage als schlecht bewertete, gab rund doppelt so häufig weiteren Bedarf an wie jene mit guter Informationsbewertung (~50 % vs. ~20–25 %) – wobei die Kausalrichtung unklar bleibt.

2.10 Wohnsituation während des Ausfalls

Die Mehrheit der Betroffenen (59 %) blieb zu Hause, 39 % übernachteten bei Freund:innen, Verwandten oder Bekannten, 13 % in einem Hotel und 7 % an sonstigen Orten. Keine einzige befragte Person übernachtete in einer offiziellen Notunterkunft.

Für den **Verbleib zu Hause** wurden unterschiedliche Gründe genannt: Einige Personen hatten keinen Bedarf (erträgliche Innenraumtemperaturen, gute Vorbereitung), andere wollten das Haus vor Einbrüchen, Plünderungen oder einfrierenden Wasserleitungen schützen. Auch besondere persönliche oder familiäre Umstände wie die Versorgung von pflegebedürftigen oder älteren Personen im unmittelbaren Umfeld wurden genannt. Ebenso scheuten manche den großen Aufwand eines Ortswechsels, fanden keine zumutbaren bzw. passenden Alternativen oder wollten den Stromausfall in ihrer vertrauten Umgebung durchstehen.

Für den **temporären Umzug zu Freund:innen, Bekannten oder Verwandten** wurden die Kälte, fehlendes Warmwasser und fehlende Kochmöglichkeiten in der eigenen Wohnung als Hauptgrund genannt. Besondere Bedarfe wie die bessere Versorgung von Kindern, gesundheitliche Einschränkungen, akute Krankheit oder die Benötigung eines Homeoffice-Arbeitsplatzes mit Strom und Internet wurden auch genannt. Für manche spielten praktische Erwägungen wie verfügbarer Platz, geografische Nähe, Kostenfreiheit und die unkomplizierte Erreichbarkeit eine Rolle.

Für den **temporären Umzug in ein Hotel oder eine Ferienwohnung** spielte auch die Kälte in der eigenen Wohnung die größte Rolle. Auch fehlende Alternativen sowie der Bedarf nach einem ruhigen Rückzugsraum wurden genannt.

Zusammenhänge (keine Kausalität!): Mit zunehmender Dauer des Stromausfalls verblieben weniger Menschen im eigenen Haushalt und nutzten verstärkt informelle Netzwerke oder, wenn auch seltener, kommerzielle Unterkünfte. Jüngere Personen und Haushalte mit Kindern wichen häufiger auf alternative Unterkünfte aus, während ältere Menschen eher im eigenen Haushalt verblieben. Ein hohes subjektives Vorbereitetsein stärkte die Wahrscheinlichkeit, zu Hause zu bleiben, während geringe Vorbereitung die Nutzung sozialer Netzwerke begünstigte. Die Inanspruchnahme von Hotels war in Pflegekontexten höher.

Die **Wahrnehmung der Schlafsituation** während des Stromausfalls wird überwiegend als schwierig beschrieben. Die Nächte waren für viele von extremer Kälte geprägt. Dunkle Straßen, leerstehende Häuser und der Ausfall von Notruf und Mobilfunk erzeugten Angst und ein tiefes Bedrohungsgefühl. Viele erlebten sie als belastend, anstrengend und zermürend, mit teils erheblichem Schlafmangel und Erschöpfung. Die sichtbare Präsenz von Polizei, THW und Bundeswehr wurde von einem Teil der Befragten als beruhigend und sicherheitsstiftend wahrgenommen. Ein anderer Teil beschrieb die Nächte hingegen als weitgehend normal, angenehm ruhig, erholsam oder gar abenteuerlich.

2.11 Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung

73 % der direkt Betroffenen leisteten selbst Hilfe – 44 % gelegentlich, 28 % regelmäßig. Auch gut die Hälfte der nicht direkt Betroffenen (51 %) unterstützte Betroffene:

- Die Nachbarschaftshilfe war eine tragende Säule: Befragte klingelten in der Nachbarschaft, teilten Ressourcen, organisierten Informationen, verliehen oder teilten Geräte, boten Wärme und Unterkunft an, unterstützten durch Gespräche und emotionale Zuwendung.
- Im Familienkreis wurde vor allem bei der Organisation von Ausweichquartieren und Hotelbuchungen, beim Transport zu Verwandten sowie der Versorgung mit warmen Mahlzeiten geholfen.
- Im Freundes- und Bekanntenkreis halfen viele mit Sachmitteln wie Taschenlampen, Wärmflaschen, Campingkochern, Gasheizungen und Powerstationen, boten Übernachtungsmöglichkeiten an und gaben Informationen weiter.
- Darüber hinaus erstreckte sich die Hilfe auf Kolleg:innen, Patient:innen, älteren Menschen aus dem Bekanntenkreis sowie teilweise auch Passant*innen.

2.12 Selbstwirksamkeit

Etwas mehr als die Hälfte der Betroffenen (54 %) hatte das Gefühl, die Situation eher bis sehr stark selbst beeinflussen zu können; 30 % erlebten sich hingegen als kaum oder gar nicht handlungsfähig (siehe Abbildung 1).

Zusammenhänge (keine Kausalität!): Gut vorbereitete Personen und jene mit positiver Informationsbewertung schätzten ihre Selbstwirksamkeit meist deutlich höher ein. Mit zunehmendem Alter stieg die wahrgenommene Selbstwirksamkeit tendenziell an – dies legt nahe, dass Lebenserfahrung, etablierte Routinen und frühere Krisenerfahrungen zu einem stärkeren Bewältigungsvertrauen beitragen. Männer gaben zudem häufiger an, die Situation eher bis sehr stark beeinflussen zu können als Frauen (66 % vs. 51 %).

2.13 Bewältigung und Rückkehr zum Alltag

72 % der Befragten gaben an, den Stromausfall eher bis sehr gut bewältigt zu haben; 74 % fiel die Rückkehr in den Alltag eher bis sehr leicht (siehe Abbildung 1). Demgegenüber bewerteten 10 % ihre Bewältigung als weniger gut oder schlecht, und 17 % berichteten von Schwierigkeiten bei der Rückkehr in den Alltag.

Zusammenhänge (keine Kausalität!): Menschen mit geringem Vorbereitungsempfinden und schlechterer Informationsbewertung berichteten häufiger von eher schlechten Bewältigungserfahrungen. Frauen, Personen im Pflegekontext und solche mit schlechter wahrgenommener Informationsqualität berichteten von größeren Schwierigkeiten bei der Rückkehr in den Alltag.

2.14 Weitere Kommentare

Zum Abschluss der Umfrage konnten die Befragten weitere Kommentare hinterlassen. Aus den vielzähligen Rückmeldungen lassen sich folgende Punkte zusammenfassen:

- Der gleichzeitige Zusammenbruch von Strom-, Mobilfunk- und Internetversorgung und die damit eingeschränkten Kommunikations-, Informations- und Notrufmöglichkeiten wurde als eines der gravierendsten Probleme wahrgenommen.
- Der gezielte Anschlag als Ursache des Stromausfalls wurde von vielen Befragten als psychisch belastend, beunruhigend und verunsichernd erlebt.
- Viele äußerten Enttäuschung und teils Wut über das staatliche Krisenmanagement – insbesondere über die als stark unzureichend empfundene Kommunikation, das Fehlen einer zentralen Ansprechperson, die späte Ausrufung der Großschadenslage und die unzureichende Unterstützung vulnerabler Gruppen.
- Gleichzeitig wurde das Krisenmanagement von einem Teil der Befragten positiv bewertet, insbesondere die Polizeipräsenz.
- Viele formulierten konkrete Forderungen und Erwartungen an Politik und Verwaltung: besser ausgestatteter Katastrophen- und Zivilschutz, die Schaffung von Redundanz im Stromnetz, die Errichtung dezentraler Anlaufpunkte und proaktive, aufsuchende Hilfe für vulnerable Gruppen.
- Die erfahrene Gemeinschaft und Solidarität wurden von vielen als besonders wertvoll erlebt.
- Gegenüber THW, Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr und dem sozialen Umfeld wurde große Dankbarkeit für die erfahrene Unterstützung geäußert.
- Der Stromausfall schärfte das Bewusstsein für die eigene Verletzlichkeit und Abhängigkeit von Strom sowie für die Notwendigkeit privater Vorsorge.

3. Besonders belastete und vulnerable Gruppen

Die Befunde bestätigen und konkretisieren: Katastrophen reproduzieren und verschärfen bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten. Krisenvorsorge ist keine universell zugängliche Möglichkeit, sondern sozial ungleich verteilt. Die folgende Übersicht bündelt Befunde zu besonders betroffenen Gruppen. Standardisierte Hilfssysteme erreichten die besonderen Bedarfe dieser Gruppen häufig nicht.

Personen im Pflegekontext (Pflegebedürftige und pflegende Angehörige) schätzten unter allen untersuchten Gruppen ihre Vorbereitung am schlechtesten ein. Sie berichteten die höchste Sorge und Belastung, was sich unter anderem aus der Abhängigkeit von elektrisch betriebenen medizinischen Geräten wie Beatmungsmaschinen, E-Rollstühlen oder kühlpflichtigen Medikamenten erklärt. Auch die Rückkehr in den Alltag fiel dieser Gruppe schwerer. Zwar nutzten Pflegehaushalte etwas häufiger Hotels als andere – dennoch übernachteten auch in dieser Gruppe rund 80 % nicht dort.

Ältere Menschen blieben während des Stromausfalls häufiger zu Hause – bedingt durch eingeschränkte Mobilität, etablierte Routinen und kleinere soziale Netzwerke. Sie nutzten die formalen Unterstützungsangebote seltener als jüngere Befragte und wiesen eine etwas höhere situationsspezifische Selbstwirksamkeit auf. Die Internetnutzung nahm mit steigendem Alter stark ab, während die Radionutzung höher war als bei Jüngeren – allerdings verfügten nicht alle über ein batteriebetriebenes Gerät.

Frauen berichteten deutlich häufiger von starker Belastung und Alltagseinschränkungen als Männer, waren häufiger stark besorgt (61 % vs. 52 %) und äußerten häufiger weiteren Unterstützungsbedarf. Auch die Rückkehr in den Alltag fiel ihnen schwerer. Diese Unterschiede sind strukturell erklärbar: Frauen tragen überproportional häufig Care-Verantwortung – also genau jene Aufgaben, die durch den Ausfall von Energie, Wärme und Infrastruktur stark beeinträchtigt wurden.

Alleinlebende und sozial isolierte Menschen äußerten signifikant häufiger weiteren Unterstützungsbedarf als in Partnerschaft lebende Personen, und emotionale Isolation wurde von vielen als besonders belastend erlebt. Teils waren sie von der wichtigsten Bewältigungsressource – der Einbettung in ein soziales Netzwerk – ausgeschlossen.

Familien mit Kindern wechselten häufiger zu informellen Unterkünften. Alleinerziehende waren dabei besonders belastet: Finanzielle Einschränkungen, kleinere soziale Netzwerke und die alleinige Verantwortung für Kinder wirkten kumulativ zusammen. Schwangere standen vor spezifischen Herausforderungen durch erhöhten Wärmebedarf, eingeschränkte Mobilität und medizinische Sorgen.

Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen konnten vielfach keine ausreichende Vorsorge treffen. Die erforderliche Hotelvorauszahlung stellte eine faktische Zugangshürde dar, auch wenn die Kosten später erstattet wurden. Hinzu kam, dass die Information über die Kostenübernahme häufig zu spät ankam und einkommensschwache Haushalte damit praktisch ausgeschlossen blieben.

Bildungsbenachteiligte Personen nutzten digitale Informationskanäle seltener und waren strukturell benachteiligt, wenn Krisenkommunikation vorrangig digital ausgerichtet war. Obwohl sie die Informationsqualität subjektiv etwas positiver bewerteten, waren sie faktisch möglicherweise schlechter informiert – da geringere Erwartungen nicht mit besserer Informiertheit gleichzusetzen sind.

Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen erlebten durch den Wegfall technischer Hilfsmittel eine stark eingeschränkte Handlungsfähigkeit. Bei akuter Erkrankung entstand eine doppelte Exklusion: Weder waren Ausweichstrategien belastbar umsetzbar, noch waren Gemeinschaftseinrichtungen zugänglich. In den Berichten zeigen sich zudem Hinweise auf Langzeitfolgen wie Schlafstörungen, Angst und mögliche Traumatisierung.

Zitation

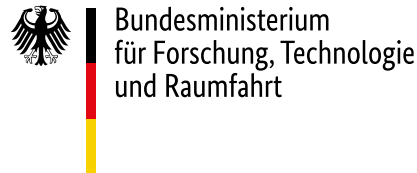
Schulze, Katja; Merkes, Sara T.; Zimmermann, Theresa; Voss, Martin (2026). „Sehr kalt und etwas unheimlich“. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zum Stromausfall in Berlin im Januar 2026. Zusammenfassung der zentralen Befunde. AKFS Report Nr. 17. Berlin: AKFS. DOI: 10.5281/zenodo.20284783

Forschungskontext

Die Befragung wurde von der Akademie der Katastrophenforschungsstelle im Rahmen des Forschungsprojektes RESILIA (gefördert durch das BMFTR, Laufzeit 2026-2029) und in Kooperation mit der Krisen- und Katastrophenforschungsstelle an der Freien Universität Berlin durchgeführt. RESILIA hat das Ziel, die Resilienz der Gesamtgesellschaft vom Alltag bis zu Krisen zu fördern.



Gefördert durch:



Weitere Publikationen

Die gesamten Studienergebnisse finden Sie in einem ausführlichen Bericht:

Schulze, Katja; Merkes, Sara T.; Zimmermann, Theresa; Voss, Martin (2026). „Sehr kalt und etwas unheimlich“. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zum Stromausfall in Berlin im Januar 2026. AKFS Report Nr. 16. Berlin: AKFS. DOI: 10.5281/zenodo.20284970



Weitere Veröffentlichungen der KFS und AKFS zur Forschung rund um den Stromausfall 2026:

Bock, Nicolas; Dittmer, Cordula; Merkes, Sara T.; Schulze, Katja; Windsheimer-Kolla, Peter (2026). Perspektiven auf den Berliner Stromausfall im Januar 2026. Bevölkerung, Zivilgesellschaft und Katastrophenschutz. In: Notfallvorsorge 1/26, S. 4-15.

Bock, Nicolas; Dittmer, Cordula; Windsheimer-Kolla, Peter (2026). Zivilgesellschaftliches Handeln und operativer Katastrophenschutz. Der Berliner Stromausfall im Januar 2026. In: Disaster Research Blog. <https://blogs.fu-berlin.de/disasterresearchblog/archive/581>.